

LAFARGE-HOLCIM

Kein Ohr für die ArbeiterInnen

Der weltgrösste Zementkonzern mit Sitz in der Schweiz lässt einen bereits ausgehandelten Sozialvertrag platzen. Derweil kommt erneut ein indischer Leiharbeiter bei einem Arbeitsunfall ums Leben.

VON FLORIAN BLUMER (TEXT) UND KARIN SCHEIDEGGER (FOTO)



Kurz vor Arbeitsbeginn: Leiharbeiter des Lafarge-Holcim-Werks Ambuja in der Nähe der Stadt Bhatapara bei der Morgenwäsche.

Für die ArbeiterInnen im zentralindischen Distrikt Chandrapur muss es wie bittere Ironie klingen. Ende 2017 informiert die Konzernleitung von Lafarge-Holcim die Gewerkschaften, dass die für den 10. Januar vereinbarte Unterzeichnung des globalen Rahmenabkommens – das unter anderem Fragen des Arbeitersinnenschutzes regelt – nicht stattfinden wird. Das Unternehmen unter neuer Leitung habe dessen Notwendigkeit noch einmal überprüft und sei zu einem anderen Schluss gekommen.

Siebzehn Tage nach der geplatzten Vertragsunterzeichnung, am 27. Januar, stirbt Arun Singh, Leiharbeiter der zum französisch-schweizerischen Lafarge-Holcim-Konzern gehörenden Zementfabrik Maratha Cement Works im zentralindischen Chandrapur, Maharashtra. Der 32-jährige Vater von zwei Kindern im Alter von acht und zehn Jahren wird aufgrund eines elektrischen Defekts zwischen einer tonnenschweren Beladungsmaschine und einem Förderwagen zerquetscht. Die Maschine war zuvor als defekt gemeldet und in Reparatur gebracht worden. Am 25. Januar wurden die Arbeiter angewiesen, wieder mit der Maschine zu arbeiten. Zwei Tage später ist Arun Singh tot. Die ArbeiterInnen sind wütend, es kommt zu einer spontanen Demonstration vor den Fabrikatoren. Ohne Folgen: Bereits drei Tage später kommt es bei derselben Maschine zu einem erneuten Defekt – nur durch Glück kommt diesmal niemand zu Schaden.

Akuter Handlungsbedarf

Eike Christian Meuter, Mediensprecher von Lafarge-Holcim, sagt zum jüngsten Unfall in Chandrapur: «Das Unternehmen bedauert diesen Vorfall zutiefst.» Dass es kurz darauf zu einem ähnlichen Defekt gekommen sei, sei hingegen «nicht richtig». Lafarge-Holcim und die Behörden würden aktuell versuchen «zu verstehen, was genau passiert ist, um einen ähnlichen Vorfall in der Zukunft auszuschliessen». Der WOZ liegt ein Video vor, das nach Angaben von Mani Candan, Mitarbeiter des Regionalbüros Südasiens der globalen Industriegewerkschaft Industriall, die demolierte Maschine nach dem zweiten Unfall vom 30. Januar zeigt. Candan sagt: «Der Unfall hätte nicht passieren dürfen. Die Maschine war nicht richtig repariert worden.»

Bereits im September 2017 starben zwei Lafarge-Holcim-Arbeiter in Chandrapur, im Januar 2013 fünf Arbeiter bei Unfällen im Werk

Ambuja in Bhatapara, Chhattisgarh. Detaillierte Berichte von Industriall zeigen in allen Fällen ungenügende Sicherheitsmassnahmen als Ursache.

Die Opfer waren alle Leiharbeiter. Das ist kein Zufall: Seit Jahren kämpft die lokale Gewerkschaft PCSS zusammen mit Industriall und der Schweizer Organisation Solifonds dagegen an, dass der schweizerische Zementkonzern in seinen indischen Fabriken – widerrechtlich – zu einem grossen Teil LeiharbeiterInnen einsetzt: ArbeiterInnen, die bei einem Vertragspartner angestellt sind, zu einem Lohn, der bei rund einem Drittel des Einkommens der Festangestellten liegt und nicht zum Leben reicht, ohne Garantie auf Arbeit, ohne soziale Absicherung, ohne genügende Sicherheitsausrüstung und -schulung. Matthias Hartwich von Industriall, Verhandlungsführer beim Abkommen auf der Seite der Gewerkschaften, sagt: «Bezüglich Arbeiterschutz besteht bei Lafarge-Holcim akuter Handlungsbedarf.»

Lafarge-Holcim-Medien Sprecher Meuter verweist auf eine Strategie des Konzerns, die zum Ziel habe, «bis 2030 keine Todesfälle in seinen Werken mehr zu verzeichnen». 200 Führungskräfte und 60 Länder-CEOs seien an einer Aktualisierung der Strategie im letzten Jahr beteiligt gewesen. Die Aussage ist entlarvend. Denn nicht beteiligt an diesem Prozess wurden bis heute die Betroffenen: die Belegschaft und deren Vertreter, die Gewerkschaften.

In ihrer Antwort auf die Absage der Vertragsunterzeichnung an die Konzernleitung sagt Industriall, die Gewerkschaften seien «entsetzt», dass Lafarge-Holcim sein Wort gebrochen habe. Mit einem globalen Rahmenabkommen wäre die Sozialpartnerschaft auf ein neues Fundament gestellt worden – damit Arbeitnehmerrechte nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Lateinamerika gelten. Neben der Verpflichtung, internationale Verträge zum ArbeitnehmerInnenenschutz einzuhalten, hätte das Abkommen einen regelmässigen Dialog zwischen Konzernleitung und Gewerkschaften auf internationaler Ebene festgelegt.

Die Verhandlungen waren aufgenommen worden, nachdem der schweizerische Konzern Holcim (vormals Holderbank) und der französische Konzern Lafarge 2014 zum weltweit grössten Baustoffhersteller fusioniert hatten. Lafarge kannte bereits eine derartige globale Vereinbarung, sie sollte nun für den fusionierten Konzern neu ausgehandelt werden. In Deutschland und Frankreich sind solche Ab-

kommen üblich, für eine Schweizer Firma wäre dies im Industriesektor ein Novum gewesen. Insiderinformationen deuten darauf hin, dass CEO Jan Jenisch davor zurückgeschreckt ist, mit dem Abkommen einen Präzedenzfall für die Schweiz zu schaffen.

Druck aufrechterhalten

Matthias Hartwich klagt, mit dem Wortbruch sei «das Vertrauen zu einem guten Teil zerstört». Rolf Beyeler von der Unia, als Koordinator des europäischen Betriebsrats von Lafarge-Holcim und anderen multinationalen Unternehmen ebenfalls an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt, sagt jedoch: «Der Rückzug hat mich nicht überrascht.» Schliesslich sei der neue CEO Jan Jenisch ein Manager schweizerischer Prägung. Und in der Schweiz sei man schlicht nicht gewohnt, auf die Belegschaft hören zu müssen. Beyeler: «Schweizer Managements fahren regelmässig lieber Projekte an die Wand, als die Belegschaft zu konsultieren.» In Frankreich, Deutschland und weiteren europäischen Ländern herrsche eine andere Kultur – dort ist der Dialog zwischen Management und ArbeitnehmervertreterInnen gesetzlich vorgeschrieben. In der Schweiz kommt voraussichtlich nächstes Jahr die Konzernverantwortung

initiative zur Abstimmung – mit dem Ziel, den Missstand zumindest ansatzweise zu beheben. Aktuell werden ihr allerdings kaum Chancen eingeräumt.

Lafarge-Holcim begründet den Entscheid gegen das Abkommen damit, dass das Unternehmen auf lokalen Dialog setze. Mediensprecher Meuter sagt auf Anfrage, die Baustoffindustrie sei «ein fast vollständig lokales Geschäft». Und: «Wir sind der Meinung, dass unser Ansatz dieser Besonderheit unseres Geschäfts am besten entspricht.» Hartwich widerspricht: «Es gibt immer wieder Konflikte, die das lokale Management nicht mit der lokalen Belegschaft lösen kann – weil die Entscheide in Zürich gefällt werden.»

Hartwich bekräftigt, Industriall werde den Druck auf das Lafarge-Holcim-Management aufrechterhalten, aber weiter den Dialog suchen. Die totale Konfrontation oder auch Boykottaufrufe seien nicht zielführend. Tatsächlich sind die (Leih-)ArbeiterInnen in Indien auf ihren Job angewiesen: Die Fabriken von Lafarge-Holcim stehen in ehemals landwirtschaftlich geprägten Gegenden. Die BäuerInnen verloren ihr Land, die Zementfabrik ist der einzige grössere Arbeitgeber in der Region. Für sie gilt: Noch schlechter als eine unterbezahlte und gefährliche Arbeit ist gar keine Arbeit.

LAFARGE-HOLCIM IN SYRIEN

Verdacht auf Terrorfinanzierung

Die miserablen Arbeitsbedingungen der LeiharbeiterInnen in Fabriken in Indien sind auch dieser Tage nicht die einzige Negativnachricht über den Zementkonzern Lafarge-Holcim. Auch mit einer seiner Fabriken in Syrien macht der weltweit grösste Baustoffhersteller mit Schlagzeilen auf sich aufmerksam: So berichtet die «SonntagsZeitung» in ihrer aktuellen Ausgabe, dass die französische Nichtregierungsorganisation Sherpa den Konzern angezeigt hat, weil er Dateien über die Finanzierung von islamischen Terrororganisationen gelöscht habe.

Konkret wirft Sherpa dem Konzern vor, die Ermittlungen der französischen Justizbehörden zu Schutz- und Lösegeldzahlungen zu behindern, die Lafarge-Holcim an bewaffnete Gruppen im syrischen Bürgerkrieg getätigt haben soll. Unter anderem seien den

ErmittlerInnen vor der Durchsichtung der Konzernbüros in Paris im vergangenen November Sitzungsprotokolle, Teile der Buchhaltung und weitere Papiere vorenthalten worden, die die Vorgänge in der Zementfabrik im syrischen Jalabiya dokumentierten. Lafarge-Holcim weist die Vorwürfe zurück.

Vor gerade einmal einem Jahr hatte Lafarge-Holcim erstmals zugegeben, dass die lokalen Verantwortlichen des Konzerns in Jalabiya in den Jahren 2013 und 2014 – kurz vor der Fusion der Schweizer Holcim mit der französischen Lafarge – Wegzölle an bewaffnete Gruppen gezahlt hatten. Ob es sich bei den Empfängern um Mitglieder des Islamischen Staats (IS) gehandelt hatte, ist allerdings nicht eindeutig erwiesen.

ADRIAN RIKLIN